

Arm und alt in Europa?!

Ein Vortrag von Bernd Lange

25. September 2010, Konferenz der AG 60+, SPD-Bezirk Hannover, Stadthalle Uelzen

Das Europäische Jahr 2010

Das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und Soziale Ausgrenzung soll das Bewusstsein um die Grundrechte der Menschen, die unter Armut und Ausgrenzung leiden stärken. Es soll das Engagement öffentlicher wie privater Träger im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung stärken und zur Diskussion über die Ausgestaltung der Sozialen Sicherungssysteme anregen.

Die Definition von Armut

Armut wird in zwei Kategorien unterschieden. Absolute und relative Armut. Absolut arm ist, wer über weniger als 1 US-Dollar pro Tag verfügt. Diese Form von Armut ist in Europa und Deutschland extrem selten.

Relativ arm ist, wer über weniger als 50% des durchschnittlichen Einkommens eines Landes verfügt. Armutsgefährdet ist bereits, wer über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verfügt. Unter strenger Armut leidet, wer weniger als 40 % davon erhält. Die Europäische Union (EU) und die Mitgliedsländer arbeiten mit der 60 %-Grenze um Armut zu beschreiben, dies ist wissenschaftlich anerkannt und wird auch „Armutquote“ genannt.

Armut in Zahlen in Europa und Deutschland

Das durchschnittliche Einkommen in 2007 (aktueller Bericht)¹ ist 1.276 € pro Monat. In Niedersachsen sind es 1.257 €. In anderen Ländern der EU, wird das jeweils nationale Einkommen berücksichtigt. Demnach sind in der EU 15 % der Menschen armutsgefährdet, in Deutschland sind es 14,2 % (fast 12 Millionen Menschen) und in Niedersachsen 15,3 % (1,2 Millionen Menschen).

Wer ist arm?

Dabei sind nicht alle Bevölkerungsteile gleichmäßig arm. Arm ist insbesondere wer arbeitslos ist: 71 % aller Menschen die arbeitslos sind, sind arm. Zudem betroffen sind Ausländer (40 %), Geringqualifizierte (33 %), Alleinerziehende (27 % und mehr), Familien mit 3 oder mehr Kindern (26 %) und unter 20-Jährige (20 %). Bei diesen Zahlen sind bewilligte Sozialtransfers bereits berücksichtigt.

¹ http://www.ms.niedersachsen.de/live/live.php?navigation_id=6508&article_id=19243&psmand=17

Arm trotz Arbeit

Dabei ist Armut nicht ausschließlich auf das Fehlen einer Erwerbstätigkeit zurückzuführen. In Deutschland sind 1,3 Millionen Menschen „Aufstocker“. Das bedeutet, dass sie zusätzlich zu ihrem Lohn Arbeitslosengeld II (ALG II: „Hartz IV“) beziehen. Anders ausgedrückt: Obwohl diese Menschen arbeiten, müssen sie vom Staat weitere Hilfe beziehen um überhaupt über die Runden zu kommen. Das betrifft nicht nur Menschen in Teilzeit: 480.000 dieser Menschen arbeiten in einer Vollzeit-Beschäftigung. Arbeit schützt in Deutschland also nicht sicher vor Armut.

Altersarmut heute

Als „alt“ im Sinne der Statistik gilt, wer älter als 65 Jahre ist. Bezogen auf die nationalen Einkommen ist Altersarmut in Europa sehr unterschiedlich verteilt. Spitzenreiter ist Lettland mit einer Quote von 51 % armer Alter. Großbritannien schafft es auf Platz 5 mit 30 %, Portugal, Belgien, Irland, Italien und Slowenien sind mit 21 % knapp über dem Durchschnitt von 19 %, Deutschland und Österreich liegen mit 15 % darunter. Relativ am besten geht es den Alten in Tschechien (7 %), Luxemburg (5 %) und Ungarn (4 %). Grundsätzlich sind Frauen europaweit stärker betroffen als Männer.

In Deutschland sind nur westdeutsche Frauen mit 15,5 % stärker betroffen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies liegt an der unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquote westdeutscher Frauen.

Altersarmut morgen

Der durchgehend beschäftigte, statistische Durchschnittsverdiener bekommt derzeit 63 % des Durchschnittseinkommens. In 30 Jahren wird sich dies, bedingt durch die Reformen unter Kohl, Schröder und Merkel, auf 43 % senken. Diese Entwicklung kann auch nicht die Veränderung der Arbeitsmarktsituation aufhellen, da diese Zahlen bereits das durchschnittliche Maximum beschreiben.

Die OECD berechnet die Quote für Deutschland mit 39,9 %. Der OECD-Durchschnitt liegt jedoch bei 58,7 %. Andere Länder schaffen dabei deutlich mehr: Österreicher erhalten voraussichtlich 80,1 % und Spanier 81,3 %.

Für Deutschland bedeutet das: Zukünftig werden insbesondere Frauen mit unbeständigen Erwerbsbiografien von Altersarmut betroffen sein. In den alten und neuen Bundesländern werden daher ab 2032 ca. 50 % der Frauen eine monatliche Rente unter 600 € erhalten. In den neuen Bundesländern werden zudem ca. 33 % der Männer eine Rente unter 600 € erhalten.

Verschärft wird dieser Trend durch die aktuelle Bundesregierung: Im sogenannten Sparpaket werden die Rentenbeiträge für ALG II-Empfänger gestrichen: Damit können Arbeitslose künftig noch weniger Rentenansprüche erwerben.

Hintergrund: Altersgrundsicherung

Für Menschen, die Rentenbezüge unter dem Niveau der Grundsicherung beziehen, gibt es die Möglichkeit die Altersgrundsicherung zu beziehen. Diese beträgt 359 € für das erste Mitglied und 288 € für jedes weitere Mitglied des Haushalts. Dazu kommen die Kosten Unterkunft, also Kaltmiete und Heizkosten.

Alle anderen Bezüge – wie die eigene Rente oder Unterstützung von Kindern – werden voll angerechnet. Kinder die über 100.000 € Jahreseinkommen verfügen, sind voll unterhaltspflichtig.

Es beziehen heute ungefähr 2,3 % der Menschen über 65 Jahre Altersgrundsicherung.

Hintergrund: Vermögensverteilung

Armut trifft nicht alle Bevölkerungsteile gleich. Die Reichen werden tatsächlich reicher. 2007 verfügten die reichsten 10 % der Bevölkerung über 61,1 Prozent des privaten Vermögens. 1998 waren es nur 44 %. Das reichste Ein-Prozent der Bevölkerung verfügte 2007 bereits über 23 % des Vermögens.

Hintergrund: Kinderarmut

Gleichzeitig wächst die Armut unter den Ärmsten der Gesellschaft: In Deutschland betrifft das Kinder. Jedes fünfte Kind unter 10 Jahren lebt in Armut. 1965 lebte jedes 75. Kind von Sozialhilfe, seit 2006 lebt jedes siebte Kind von Transferleistungen.

Was zu tun ist

Die Rentenformel sorgt dafür, dass die Renten steigen, wenn die Löhne steigen. Wenn die Löhne zudem ermöglichen, ausreichend Rentenpunkte anzusammeln, dann kann Altersarmut erfolgreich bekämpft werden.

Zudem ist es notwendig, die Rentenhöhe steuerfinanziert zu erhöhen. Bei der Gegenfinanzierung wäre das wichtigste Instrument die Vermögenssteuer, weil sie direkt diejenigen belastet, die mehr haben als andere.

Wer heute im Niedriglohnbereich arbeitet, ist armutsgefährdet und wird morgen von Altersarmut bedroht sein. Daher muss der Niedriglohnbereich zurückgedrängt werden! Wir brauchen gute Arbeit und faire Löhne.

Die Tarifvertragsparteien und auch die staatlichen Akteure müssen die Tarifbindung erhöhen und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen und einführen. Die jetzige Form von Leiharbeit muss beendet werden, der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ muss überall gelten, damit auch „Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung“ gelten kann. Zudem müssen insbesondere Frauen und Menschen am Ende ihrer Berufslaufbahn verstärkt gefördert werden. Denn ihre Beschäftigungsquote muss erhöht werden, mit positivem Effekt für die jeweilige Rentenhöhe.